

Berufsverband der niedergelassenen Chirurgen Deutschland e.V. (Bundesverband der ANC)

Geschäftsstelle:

Wulfsdorfer Weg 7

22359 Hamburg

Tel. 040 / 60 32 91 10, Fax 040 / 60 32 91 18

E-Mail: info@bncev.de, Homepage: www.bncev.de



FO
TO
RE
S
C
N
B

26. Mai 2005

Verantwortlich für den Gesamthalt des SPOT: Dr. Dieter Haack

Texte / Redaktion: Dr. Dieter Haack, Rosemarie Plassmann

Bericht aus Berlin und Magdeburg

1. Demonstrationen am 19.05.2006

Die bundesweit veranstalteten Demonstrationen am 19.05.06 mit Schwerpunkten in Berlin, Köln und Stuttgart vermittelten mit über 40.000 Teilnehmern in diesen Städten ein geschlossenes Bild der Ärzteschaft nach außen. Einige Misstöne gab es beim Auftritt von Andreas Köhler (KBV), der zu Beginn seiner Rede ausgepiffen wurde. Minutenlangen Beifall gab es dagegen für Ulrich Montgomery (Marburger Bund), der an der Spitze der Klinikärzte gegen die massiven Sparmaßnahmen in den Krankenhäusern, unzählige unbezahlte Überstunden und den überbordenden Bürokratismus zu Felde zieht.

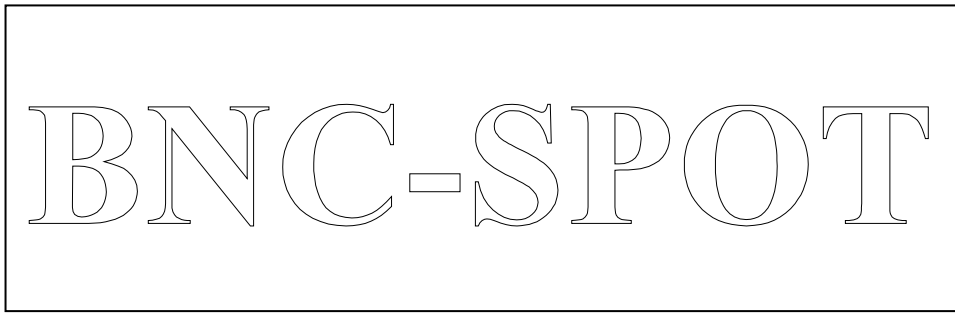
Es wurde von verschiedenen Rednern gefordert, dass man Patienten nicht mehr in DMP einschreiben sollte. Diese Forderung richtet sich vor allem an die Hausärzte, denn der einzige Gewinner in diesem System ist die Krankenkasse. Für uns bedeutet dies aber auch ein erhebliches Drohpotential gegenüber den Krankenkassen, denn diese erhalten für eingeschriebene Patienten zusätzliches Geld aus dem Risikostrukturausgleich. Nicht-einschreiben heißt weniger Geld für die betreffende Krankenkasse.

Die Protestaktionen werden zunächst lokal weiter gehen. So ist in Baden-Württemberg unter der Führung der dortigen vier ANC geplant, „auszuwandern“. Für unsere symbolische Auswanderung haben wir bereits einen Passagierdampfer für den 29.06. am Bodensee gechartert, der uns ans Schweizer Ufer bringen wird. Einladungen werden die süddeutschen Kollegen von den baden-württembergischen ANC noch erhalten, es werden aber nicht nur die Chirurgenverbände Süddeutschlands sondern alle fachärztlichen Berufsverbände an dieser Aktion teilnehmen. Es ist wichtig, auch hier wieder die Gemeinsamkeit und Geschlossenheit der Fachärzte im Rahmen dieses „Facharztztages“ nach außen darzustellen.

2. Treffen der sogenannten Potsdamer Runde

In kleinem Kreis diskutierten Facharztvertreter zwei Tage lang das weitere berufspolitische Vorgehen. Aus internen Quellen der Politik wurde uns die schon bekannte Nachricht, dass weiterhin die Abschaffung der „doppelten Facharztschiene“ geplant sei, bestätigt. Lauterbach sinniert immer wieder öffentlich, und das mit politischer Absicht natürlich, dass sich hierdurch ein Einsparpotential von ca. 10 Milliarden Euro ergeben würde. Zufälligerweise genau die Menge, die dem deutschen Gesundheitssystem zur völligen Finanzierung fehlt. Viel Überzeugungsarbeit ist seitens der Fachärzte also weiterhin in Berlin notwendig (was die Hausärzte bekanntlich schon seit Jahren tun und permanent versuchen, die Politiker von ihrer Kompetenz zu überzeugen).

Für die Vertreter der fachärztlichen Berufsverbände heißt das: mehrmalige monatliche Treffen mit verschiedenen Politikern in Berlin. Es hat sich inzwischen gezeigt, dass es nicht sinnvoll ist, sich als einzelner Berufsverband bei Politikern vorzustellen, da sich die BV bei ihnen die Türklinke in die Hand geben und, wenn überhaupt, nur sehr oberflächlich wahrgenommen werden. Deshalb haben wir Organisationsverbände uns organisiert. Die Politiker kommen nun sogar schon zu unseren regelmäßigen Sitzungen hinzu.



Seite 2 zum SPOT vom 26. Mai 2006

Ein Thema war das **Vertragsarztrechtsänderungsgesetz (VÄG)**, das durch den Bundestag beraten wurde. Zahlreiche Vorschläge von KBV und Verbänden sind in dieses Gesetz eingeflossen und sollen für uns Ärzte zu einer flexibleren Arbeitsgestaltung führen, was auf KV-Ebene umgesetzt werden muss. Beispiele sind KV-übergreifende Niederlassungen, Beschäftigung von zahlreichen Angestellten u.a. Wir werden über Einzelheiten des Gesetzes in einer der nächsten Ausgaben des Chirurgen Magazins berichten. Das Kapitel über die Einführung einer festen Euro-Vergütung wurde auf Druck der Ärzteschaft geändert, da erst das Jahr 2009 hierfür im ersten Entwurf vorgesehen war, zeitgleich mit neuen Morbiditäts-Regelleistungsvolumina.

3. Sitzung des beratenden Facharzausschusses für die Fachärztliche Versorgung (bFA)

Beschlossen wurde die Einführung eines neuen Belegarztkapitels, für das die Grundzüge der Berechnung vorgestellt wurden. Es soll bis zum Herbst ausgearbeitet und dann den Berufsverbänden und vorher dem bFA mit der Bitte um Stellungnahme vorgestellt werden. Weitere Änderungen des EBM sind im erweiterten Bewertungsausschuss in der Diskussion, insbesondere eine Besuchsgebühr für Belegärzte als Notfallleistung.

Ein Projekt hinsichtlich bundesweiter Kooperation mit der Sana-Klinikgruppe wurde vorgestellt, bei dem ich meine Bauchschmerzen geäußert habe. Ich bitte Kollegen, mir Erfahrungen mit Privatkrankenhäusern, die in den niedergelassenen Bereich eindringen, schriftlich mitzuteilen (Übernahme von Praxen, Konkurrenz von ambulanten Op.-Zentren: Sana-Niedergelassener usw.). Betroffen wären derzeit die KV-Bereiche BB, BW, Hessen, MV, N, No, RLP, SH.

Konkret wird an einer **Vertragsgebührenordnung** in Euro gearbeitet. Knackpunkt ist hier unter anderem die Mengenbegrenzung. Politisch zeichnet sich ab, dass zunächst eine Strukturreform erfolgen und erst dann über die Finanzreform im GKV-System gesprochen werden soll, da bisher kein Konsens bezüglich der Finanzierung erreicht werden kann. Schwerpunktmäßig wird diese Strukturreform vor allem die KVen und vielleicht ein bisschen die Pharmaindustrie treffen. In der Diskussion ist die Zusammenlegung von § 116 (Öffnung der Krankenhäuser) und § 140 (Integrierte Versorgungsformen). Damit könnten sich die Krankenkassen den Krankenhäusern verstärkt zuwenden und Bereinigungen der KV-Zahlungen vornehmen. Dies würde wiederum die Fachärzte unmittelbar treffen (siehe oben!).

4. Bericht von der KBV-Vertreterversammlung am Montag, den 22.05.06 in Magdeburg

In der politischen Diskussion ist derzeit eine bessere Vergütung für Ärzte in Flächenregionen gegenüber denjenigen in großen Ballungszentren. Damit soll versucht werden, der Landflucht entgegenzuwirken. Als Folge des neuen VÄG soll in der KBV ein Fachausschuss für angestellte Ärzte eingerichtet werden.

Köhler erklärte in seinem Bericht an die Vertreterversammlung, dass in Zukunft immer mehr Ärzte in MVZ eintreten würden, mit dem Vorteil einer festen Vergütung und festen Arbeitszeiten. Der derzeitige Vertragsarzt bleibe aber weiterhin der Leistungsträger im Gesundheitssystem. Arztstand sei ein freier Berufsstand mit persönlicher Leistungserbringung, der keinen Weisungen von Nichtärzten unterliegen dürfe. Für diese Freiberuflichkeit müssten wir weiter kämpfen, da Ulla Schmid weiter versuchen würde, sie abzuschaffen. Ein Teil der Ärzte fühle sich durch die KVen ungerecht behandelt. Tatsache sei, dass sich seit der Trennung der KV (2001) in hausärztliche und fachärztliche Sektoren die Gehälter der Hausärzte an die der Fachärzte angenähert hätten und nun teilweise auch schon über der Vergütung der Fachärzte lägen. Diese Diskussion sollte aber nicht in der Öffentlichkeit geführt werden, da wir uns dadurch nur politisch gegenseitig schwächen würden. Die Diskussion HÄ/FÄ sei ein Problem der Funktionäre, nicht der Ärzte! Der Sicherstellungsauftrag der KVen sei ein Garant für gute Versorgung der Patienten. Es müsse aber auch einen Wettbewerb neben dem Kollektivvertrag geben, das heißt die Möglichkeit der Kostenerstattung.

Die **KBV wehrt sich gegen ein verpflichtendes Primärarztssystem** - sie lehnt die Einführung schon allein deshalb ab, weil es zu einem staatswirtschaftlichen System führen würde.

Kommentar vom Unterzeichnenden: Für unsere Freiberuflichkeit müssen wir weiter gemeinsam kämpfen. Gute Ansätze sind Demonstrationen wie in Berlin, Köln und Stuttgart. Die Politiker müssen langsam merken, dass wir uns nicht zu deren Spielball machen lassen. Deshalb ist jegliches Weiterarbeiten, außer im Notfalldienst, an solchen Demo-Tagen kontraproduktiv gegenüber dem Kampf um den Erhalt von uns Fachärzten und unsolidarisch. Dieser Kampf muss weiter gehen!!!!!!!!!!!!!!

Ihr Dieter Haack